Auszug aus der vorläufigen Niederschrift

Beschlussvorlage öffentlich		**SV-Nr.:WP 14-20 SV 61/223**
Betreff:	Bebauungsplan Nr. 255 für den Bereich Karnaper Straße/Diesterwegstraße/Eisenbahntrasse im Stadtteil Hilden Süd; Abhandlung der Stellungnahmen aus der ersten Offenlegung: erneuter Offenlagebeschluss	

27.02.2019 Stadtentwicklungsausschuss TOP 5.1

Rm Buchner/SPD, Rm Vogel/Grüne, Rm Remih/FDP, Rm Burchartz/Allianz und beratendes Mitglied Knak/AfD sprachen sich gegen eine erneute Offenlage aus, da das Areal nur schwer zu bebauen ist, das Gesundheitsamt des Kreises Mettmann sich gegen eine Bebauung ausgesprochen hat und die Brachfläche erhalten werden soll.

Rm Reffgen/BA verlas folgenden Änderungsantrag zur Beschlussvorlage WP 14-20 SV 61/223:

Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss:
Das Bebauungsplanverfahren wird eingestellt. Das Beteiligungsverfahren wird nicht fortgesetzt.

Begründung:
Der Bebauungsplan eröffnet Konflikte in fast allen Bereichen, die man sich unter planerischen Gesichtspunkten vorstellen kann:

- *Lärmproblematik an der Eisenbahntrasse – Die erhöhten Schallpegel betreffen alle Bereiche. Im gesamten Plangebiet werden die Orientierungswerte für „Reines Wohnen“ deutlich überschritten.*
- *Hoch- und Grundwasserproblematik in einem wasserschutztechnisch äußerst sensiblen Bereich – Die Lage des Plangebietes inmitten einer Wasserschutzzone ist als Siedlungsfläche ungeeignet und sollte gemieden werden.*
- *Gesundheitsaspekte – Nach Einschätzung der Fachbehörden sind die Voraussetzungen für gesunde Wohnverhältnisse weitestgehend nicht gegeben. Von daher lassen sich die grundsätzlichen Bedenken gegenüber der Ausweisung als Wohngebiet nicht ausräumen.*
- *Natur-, Umwelt- und Klimagesichtspunkte – Die Auswirkungen sind in allen Bereichen erheblich. Die Landschaftsbehörde spricht von „planerischen Mängeln“ in vielfacher Hinsicht.*

Rm Schlottmann/CDU erklärte, nach Beratung in der Fraktion könne die CDU grundsätzlich mit einem erneuten Offenlagebeschluss leben. Unter Berücksichtigung des vorliegenden Änderungsantrages der Fraktion Bürgeraktion solle eine Entscheidung jedoch erst in der Sitzung des Rates erfolgen, da erneuter Beratungsbedarf in der Fraktion gesehen werde.

Rm Vogel/Grüne sprach sich gegen die Vertagung aus, da sich in der bisherigen Beratung eine Ablehnung der erneuten Offenlage abzeichne.

Rm Buchner/SPD stellte den Antrag zur Geschäftsordnung, die Sitzungsvorlage zur Entscheidung in den Rat zu vertagen.

Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses stimmten diesem Vertagungsantrag einstimmig zu.

Beschlussvorschlag: (wie in SV 61/223 abgedruckt)

Abstimmungsergebnis:
ohne Abstimmung in die Sitzung des Rates vertagt